Thorner Zeitung.

Begründet 1760.

Erscheint wöchentlich sechs Mal Abends mit Ausnahme des Sonntags.
Als Beilage: „Illustrirtes Sonntagsblatt"
Vierteljährlich: Bei Abholung aus der Geschäftsstelle oder den Abholestellen 1,50 Mk.; bei Zusendung frei ins Haus in Thorn, den Vorstädten, Mocker u. Podgorz 2 Mk.; bei der Post (ohne Bestellgeld) 1,50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Bäckerstraße 39.
Fernsprech-Anschluß Nr. 75.

Anzeigen-Preis:
Die 5-gespaltene Petit-Zeile oder deren Raum 10 Pfennige.
Annahme in der Geschäftsstelle bis 2 Uhr Mittags; ferner bei **Walter Lambeck,** Buchhandlung, Breitestr 6, bis 1 Uhr Mittags
Auswärts bei allen Anzeigen-Vermittelungs-Geschäften.

Nr. 52. Sonnabend, den 3. März 1900.

Deutsches Reich.

Berlin, den 2. März 1900.

Der Kaiser, der Mittwoch Nachmittag dem Maler Prof. v. Herkomer eine Sitzung gewährte, hörte Donnerstag Vormittag den Vortrag des Chefs des Civilkabinets, nahm darauf die Rapporte der Leibregimenter entgegen und ließ sich im Schloßhof heliographische Apparate vorführen. Mittags empfingen beide Majestäten im Beisein des Kronprinzen die spanische Gesandtschaft unter Führung des Herzogs von Veragua, des letzten lebenden Nachkommens von Christoph Columbus. Um 1 Uhr wohnte Se. Majestät der Taufe des Sohnes des Prinzen Pleß bei. — Am heutigen Freitag Abend wird der Kronprinz zum Ritter des spanischen Goldenen Vließes geschlagen.

Prinz Heinrich weilte am Donnerstag in Hamburg, wo ihm die Bevölkerung einen großartigen Empfang bereitete. Der Prinz nahm eine Begrüßung des Senats und der Kaufmannschaft zu seiner glücklichen Heimkehr aus Ostasien entgegen und verließ nach einem großen Festmahl im Rathhause die Stadt wieder und reiste nach Berlin weiter, um sich bei dem Kaiser auf Urlaub abzumelden.

König Wilhelm von Württemberg trifft am heutigen Freitag zum Besuch seiner Tochter, der Erbprinzessin von Wied, in Potsdam ein, wo er bis Sonntag zu bleiben gedenkt. Eine Begegnung mit dem Kaiser ist wahrscheinlich.

Der regierende Fürst von Reuß ä. L., Heinrich XXII., ist der einzige der deutschen Bundesfürsten, der dem Flottenvereine gegenüber eine ablehnende Haltung angenommen hat. Er antwortete auf eine Anzeige des Fürsten zu Wied von der Gründung und den Bestrebungen des deutschen Flottenvereins, verknüpft mit dem Ersuchen um Förderung derselben in den Reußschen Staaten: er könne die großen Gefahren nicht außer Acht lassen, welche eine immer weitere Steigerung der finanziellen Lasten durch fortgesetzte Rüstungen für das allgemeine Volkswohl im Gefolge haben muß, und er müsse sich vorbehalten, hierauf bei Beachtung der Unternehmung des deutschen Flottenvereins gewissenhafte Rücksicht zu nehmen."

Der Entwurf eines Reichsseuchengesetzes wird dem Reichstage noch vor Ostern zugehen, damit er in dieser Tagung verabschiedet werden kann. — Im Reichsamt des Innern wird gegenwärtig an einem Nothweingesetzentwurf gearbeitet, worin nach der „Rh. Westf. Ztg." an Stelle der bisherigen Deklarationspflicht ein vollständiges Verbot der Herstellung von Kunstwein treten soll. Auch diese Vorlage soll mit möglichster Beschleunigung an den Bundesrath und den Reichstag gelangen.

Die Budgetkommission des Reichstags beschäftigte sich am Donnerstag mit den Einnahmen des Reichs an Stempelabgaben. Abg. Arendt trat für die Nothwendigkeit ein, daß die Einrichtung weiterer Lotterien durch Reichsgesetz verboten werde. Staatssekretär Thielmann erklärte, daß zwischen dem Reich und den Bundesstaaten bereits Verhandlungen wegen Beschränkung des Lotteriewesens schwebten; es sei begründete Hoffnung vorhanden, daß dieses Ziel erreicht werde. Abg. Richter empfahl eine Erhöhung der Stempelsteuer für Lotterien, Abg. Arendt eine Reichslotterie.

Die ministerille „Berl. Korr." theilt mit: Die Verhandlungen des Reichstages über den für das Reichsland in Geltung stehenden sogenannten Diktaturparagraphen haben eine Mehrheit für die Beseitigung dieses Paragraphen ergeben. Dieser Beschluß des Reichstages kann die verbündeten Regierungen in ihrer Ueberzeugung nicht irre machen, daß die Reichsregierung auf die Beibehaltung des für dringliche Ausnahmefälle bestimmten Diktaturparagraphen noch nicht Verzicht leisten kann.

Amerika hat die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland abgebrochen, so wird aus Washington gemeldet, weil die Fleischschaukommission des deutschen Reichstags die Einführung strenger Vorschriften bezüglich der Einfuhr amerikanischen Fleisches beschlossen hat. Mit dieser Aussetzung der Verhandlungen will man in Washington natürlich einen Druck auf die deutsche Regierung ausüben, den fraglichen Kommissionsbeschlüssen die Zustimmung zu versagen. Ob das gelingt, bleibt abzuwarten.

Deutscher Reichstag.

157. Sitzung vom 1. März.

Am Tisch des Bundesraths: Staatssekretär Graf v. Bülow.

Präsident Graf Ballestrem eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten. Fortsetzung der zweiten Berathung des Etats. Etat für das Auswärtige Amt Titel 1 (Staatssekretär). Berichterstatter Abg. Prinz v. Arenberg (Ctr.) referirt über die Verhandlungen der Kommission.

Abg. Dr. Gradnauer (Soz.) wünscht Aufklärung über die befremdliche Stellung der Reichsregierung bei und zu der Haager Friedenskonferenz. In seiner großen Rede im Dezember habe Staatssekretär Graf v. Bülow diese Konferenz garnicht zu erwähnen für nöthig befunden. Hielt er sie für bedeutungslos, oder paßte sie ihm nicht in seine Pläne? Warum seien die Verhandlungen der Konferenz nicht öffentlich gewesen? Nicht einmal der Wortlaut der Konventionen sei publicirt worden. Bekannt geworden seien nur die Berichte des Wolff'schen Bureaus. Welches waren die „zuweit gehenden" Vorschläge, denen Oberst von Schwarzkoppen entgegengetreten sei, und mit welchen Gründen sei er ihnen entgegen getreten? Was besage der Artikel 10 der Konvention, und warum habe Deutschland gegen denselben Bedenken gehabt? Die Konvention bezüglich der Anwendung eines Schiedsgerichts sei so verklausuliert, daß dadurch jede Bedeutung aufgehoben werde. Das sei alles nur Blendwerk. Im Gegensatz zu lebhaft zustimmenden officiösen Artikeln der „Norddeutschen" und zu den warmen Worten der Thronrede von 1898 über das Zarenmanifest seien Militärs zur Konferenz gesandt worden und Leuchten der Wissenschaft, die noch kriegerischer gesinnt waren, als die Militärs. Prof. v. Stengel habe die Friedensfreunde verhöhnt. Man habe sogar das Evangelium der unerlösten Sünde als Grund für die Fortdauer der Kriege herangezogen. Die Folgen dieses Verhaltens der deutschen Regierung und der übrigen Regierungen seien bald hervorgetreten. Thatenlos sehe man zu, wie die Buren niedergeworfen würden, und wir sollen die Flotte vermehren.

Staatssekretär v. Bülow: Ich gestehe, meine Herren, daß ich nicht erwartet habe, daß die Haager Konferenz heute in so eingehender und umfassender Weise zur Sprache gebracht werden würde. Ich bin dem Herrn Vorredner aber dankbar, daß er mir Gelegenheit giebt, auf Grund unseres Aktenmaterials über unsere Stellung zu der Haager Konferenz und unsere Haltung auf derselben die mir möglichen Aufschlüsse zu geben. Unsere allgemeine Stellung gegenüber der Haager Konferenz geht hervor aus unserer ganzen bisherigen Politik. Unsere Politik, das wiederhole ich auch heute, ist immer und unentwegt gerichtet gewesen auf die Erhaltung des Friedens. (Beifall.) Wir haben unsere Rüstungen zu Lande immer nur zu dem Zwecke vervollständigt und vervollkommnet und wir wollen dieselben nur zu dem Zwecke vervollständigen, um unser Territorium und unsere wohlerworbenen Rechte gegen unberechtigte feindliche Angriffe zu schützen. Von unserer Seite wird der Friede nicht gestört werden. Für das Gegentheil kann ich keine Garantie übernehmen, und gegen eine Möglichkeit, die nicht ausgeschlossen ist, müssen rechtzeitige Vorsichtsmaßregeln ergriffen werden. Also, meine Herren, bei der friedlichen Richtung und Tendenz unserer gesammten Politik haben wir dem Vorschlage Sr. Majestät des Kaisers von Rußland, der dem Frieden dienen sollte, und der davon ausging, daß jeder die Rechte des Andern zu achten habe, selbstverständlich keinen Augenblick irgendwelche Schwierigkeiten in den Weg gelegt, sondern wir haben diesen Vorschlag bereitwillig angenommen, nachdem festgesetzt worden war, daß durch die Haager Konferenz der territoriale Status quo der betheiligten Mächte nicht tangirt werden sollte, und wir haben uns an den Konferenz-Verhandlungen eifrig und, wie ich wohl sagen kann, auch mit gutem Erfolge betheiligt.

Ich will noch erwähnen, daß die Haager Konventionen und Deklarationen von unserer Seite deshalb nicht sofort unterzeichnet worden sind, weil dieselben zunächst einer eingehenden Prüfung durch die betheiligten Centralbehörden im Reiche und durch das preußische Staatsministerium unterzogen worden sind. Nachdem diese Prüfung kein Bedenken ergeben hatte, sind die Konventionen und Deklarationen von deutscher Seite unterzeichnet worden. Diese Konventionen und Deklarationen werden auch veröffentlicht werden, und wir werden die Ehre haben, sie diesem hohen Hause zu unterbreiten, sobald die Ratifikation derselben stattgefunden haben wird. Was nun, meine Herren, unsere Stellung zu den einzelnen Fragen betrifft, welche die Konferenz beschäftigt haben, so erlaube ich mir Nachstehendes hervorzuheben: Wir hatten unsere Betheiligung zugesagt, wenn und solange alle übrigen Großmächte dabei wären. Zugleich hatten wir bei Annahme der Einladung ausdrücklich die Voraussetzung gemacht, daß eine Minorität der Konferenz nicht verpflichtet sein könne, sich einem Votum der Majorität zu unterwerfen. Die deutschen Delegirten waren ferner angewiesen, an den Berathungen über alle Fragen theilzunehmen und alle wichtigeren Anträge zunächst ad referendum zu nehmen. Schließlich hatten die deutschen Delegirten Weisung, nicht nur mit ihren österreichischen und italienischen Kollegen Fühlung zu halten, sondern auch den russischen Delegirten soweit immer angängig Entgegenkommen zu zeigen. Was unsere Stellung zu den einzelnen Punkten des Programms angeht, über welches die Konferenz verhandelt hat, so waren wir gern bereit, alle Anträge zu fördern, welche wirklich geeignet erschienen, der Humanität und dem Frieden zu dienen. Es gab deren aber auch solche, welche eher geeignet waren, ein Hineingleiten in den Krieg zu erleichtern. Auf dem Gebiete der Einschränkung der Rüstungen konnte die kaiserliche Regierung im Bewußtsein ihrer Verantwortung vor dem deutschen Volke keine Koncessionen machen, welche die Wehrhaftigkeit der Nation beeinträchtigt hätten. Das verstand sich für uns von selbst. Dieser Standpunkt ist von uns ungescheut zum Ausdruck gebracht worden und hat auch ziemlich allgemein Zustimmung gefunden. Dagegen haben sich die deutschen Delegirten allen außerhalb der eigentlichen Abrüstungsfrage in der ersten Kommission gemachten Vorschläge rückhaltslos angeschlossen. Auch an den Arbeiten der zweiten Kommission über die Ausdehnung der Genfer Konvention auf den Seekrieg und über die Inkraftsetzung und Revision der Brüsseler Deklaration, enthaltend Gesetze und Gebräuche des Landkrieges, haben sich die deutschen Delegirten in hervorragender Weise und unter allgemeiner Anerkennung betheiligt. In der Frage der Arbitrage und Mediation haben wir dem Vorschlage einer obligatorischen Arbitrage (Schiedsgericht) nicht zugestimmt. Nach unserer Ueberzeugung ist ein unabhängiger Staat für sich Selbstzweck, er kann auf politischem Gebiete keine höheren Ziele als diejenigen der Wahrung seiner eigenen Interessen und seiner Selbstbehauptung durch Erfüllung seines eigenen Daseinszweckes anerkennen. In ernsten politischen Fragen werden wir niemals eine andere Richtschnur anerkennen als die Salus publica des deutschen Volkes. Darum war eine obligatorische Arbitrage für uns unannehmbar. Dagegen haben wir den Vorschlag auf Errichtung eines permanenten internationalen Schiedsgerichts unter gewissen Bedingungen angenommen, namentlich Beseitigung jeder obligatorischen Arbitrage und Erhöhung der Zahl der für das Schiedsgerichtsverfahren zur Auswahl gestellten Schiedsrichter. Die obligatorische Arbritrage ist fallen gelassen worden. Die an ihre Stelle tretende Institution stellt de facto eine permanente Liste von Persönlichkeiten dar, aus denen im einzelnen Falle das Schiedsgericht zu bilden ist, sowie ein permanentes Bureau, welches die reinen Formalgeschäfte im Schiedsgerichtsverfahren zu besorgen hat und der Aufsicht der im Haag accreditirten Missionschefs unterstellt wird. Es ist der jetzt von der Konferenz angenommene Entwurf der Arbitrage-Konvention in allen seinen Bestimmungen durchaus fakultativ gehalten, so daß derselbe unser Verhalten in künftigen Streitfällen nach keiner Richtung hin bindet, unserer politischen Aktionsfreiheit irgendwie fühlbare Schranken nicht auferlegt und somit von demselben eine Gefährdung vitaler deutscher Interessen nicht zu besorgen ist. — Unsere Gesammthaltung auf der Konferenz kann ich dahin zusammenfassen, daß wir mit dem aufrichtigen, ehrlichen und entschiedenen Vorsatz in die Konferenz eingetreten sind, zu thun, was an uns lag, damit die Ergebnisse der Konferenz der Größe der ihr gesteckten Ziele entsprächen und der edlen Absicht des erlauchten Monarchen, aus welcher sie hervorgegangen war. Diesem Vorsatz sind wir treu geblieben. Unter voller Wahrung der unveräußerlichen Souveränitätsrechte unseres Staatswesens, wie der Lebensinteressen des deutschen Volkes, eingedenk dessen, daß die Wohlfahrt des deutschen Volkes unser oberstes Gesetz ist und bleibt, haben wir doch unsere Haltung so eingerichtet, daß unsere Beziehungen zu den übrigen Mä ten durch die Friedenskonferenz nicht nur nicht geschädigt, sondern gekräftigt wurden und daß wir den Beweis erbrachten, wie Deutschland niemals fehlt, wo es sich um Humanität und Frieden handelt. (Beifall.)

Abg. Dr. Böckel (d. k. Fr.) fragt an: Warum die Regierung nicht intervenirt in dem Krieg gegen Transvaal? Warum konnte ein so schmutziger Börsenjobber, wie Cecil Rhodes, hier an maßgebender Stelle empfangen werden?

Abg. Bebel (Soz.): Redner theile die Sympathie des Abg. v. Liebermann mit den Buren, aber er betheilige sich nicht an der Engländerfresserei. Dem Gedanken der allgemeinen Abrüstung habe Redner immer skeptisch gegenübergestanden. Auf der Friedenskonferenz hätte man doch aber wenigstens ernstlich versuchen sollen, die Rüstungen einzuschränken. Das sei aber nicht geschehen. Auch die Frage des internationalen Schiedsgerichts sei in ganz ungenügender Weise gelöst. Hätte die deutsche Regierung den Friedensgedanken ernsthaft behandelt, dann wäre der Krieg in Südafrika vermieden worden.

Abg. Kirsch (Ctr.) fragt an, ob der Vertrag mit Oesterreich bezgl. der Przemsa-Grenzregulirung der Zustimmung des Reichstages unterliege.

Unterstaatssekretär Frhr. v. Richthofen bejaht dies.

Abg. Kuhnert (Soz.) tadelt die agrarischen Hetzereien gegen Amerika, an denen auch Beamte theilgenommen hätten.

Nach einigen Worten des Referenten wird der Titel bewilligt, ebenso eine weitere Reihe von Titeln.

Zu Kapitel 5 Titel 10 (Botschafter in Konstantinopel) beklagt Abg. Dr. Hasse (Natl.), daß bei der Koncession der Bagdadbahn die deutschen Interessen nicht genügend gewahrt seien.

Zu Titel 33a (landwirthschaftliche und forstwirthschaftliche Sachverständige im Auslande) bemängelt Abg. Dr. Paasche (Natl.) die Auswahl der landwirthschaftlichen und forstwirthschaftlichen Sachverständigen, die vielfach eine ungenügende Ausbildung hätten. Der Hauptfehler liege darin, daß die Sachverständigen keine geeignete Stelle in der Reichsverwaltung hätten. Sie gehörten ihrem Wesen nach in das Ressort des Reichsamts des Innern. Hier müßte eine Centralstelle für die Bearbeitung der Berichte der Sachverständigen errichtet werden.

Abg. Frhr. v. Wangenheim (kons.) wünscht Vermehrung des bez. Personals.

Unterstaatssekretär Frhr. v. Richthofen: Die Regierung ist geneigt, das Institut der landwirthschaftlichen Sachverständigen im Auslande auszugestalten.

Der Rest des Etats wird ohne weitere Debatte bewilligt.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. — Tagesordnung: Marine-Etat.

(Schluß $5^1/_2$ Uhr.)

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

34. Sitzung vom 1. März.

Das Haus beginnt die zweite Berathung des Eisenbahnetats.

Abg. Dr. Wiemer (freis. Vp.) hat einen Antrag eingebracht, die Regierung zu ersuchen, bei der in Aussicht genommenen Reform der Personentarife nicht bloß eine Vereinfachung des Tarifwesens, sondern auch eine Ermäßigung der Tarifsätze — unter Ausschluß von Erhöhungen bestehender Fahrpreise eintreten zu lassen.

Nachdem Abg. Nölle (natl.) über die Kommissions-Verhandlungen berichtet, nimmt Eisenbahnminister v. Thielen das Wort: Die Staatsbahnverwaltung ist in das neue Jahrhundert unter recht günstigen Anzeichen eingetreten. Die wirthschaftliche Lage ist eine günstige. Durch Krisen können wohl vorübergehende wirthschaftliche Schädigungen herbeigeführt werden, aber diese werden desto schneller beseitigt, je besser die Verkehrsmittel entwickelt sind. Dabei sind die Wasserstraßen nicht zu entbehren; sie sind durchaus erweiterungsfähig. (Zustimmung und Widerspruch.) Um die industrielle Entwickelung zu einer dauernden zu machen, ist Maßhalten nöthig. Dieses Ziel haben bisher auch in anerkennenswerther Weise die Syndikate verfolgt. Der Minister geht dann auf die finanzielle Lage der Staatsbahnverwaltung ein

und schildert diese als durchaus zufriedenstellend. Erhebliche Mehraufwendungen habe die Bahnverwaltung für Beamten-Besoldungen und Arbeitslöhne gemacht. In den letzten zwei Jahren sind allein 20 821 neue Beamte etatsmäßig angestellt. Die Anstellungen erfolgten, obwohl die Neuordnung der Verwaltung eine Ersparniß von Arbeitskräften möglich machte. Die Zahl der Dienstwohnungen ist auf 32 400 gestiegen. Die amtlichen Beziehungen der Beamten untereinander seien durchaus gute und erfreuliche. Die Bahn-Verwaltung sei sich der Größe der ihr gestellten Aufgabe voll bewußt und bestrebt, dieselbe voll zu erfüllen. (Beifall.)

Abg. Conrad-Graudenz (frkons.) tritt für eine bessere Verkehrsgestaltung in der Provinz Westpreußen ein. Ein großer Mißstand für die Provinz Westpreußen ist der Mangel an Vollbahnen, eigentlich besteht nur eine große Vollbahn. Die Handelskammer von Graudenz hat wiederholt auf Abhilfe gedrungen. Die Linie Thorn-Marienburg bitte ich in eine Vollbahn umzubauen. Ferner für die Einführung eines durchgehenden Vollbahnverkehrs auf der Linie Insterburg-Jablonowo-Graudenz-Laskowitz-Bromberg-Berlin nothwendig.

Abg. Dr. Wiemer begründet seinen Antrag. Wenn wir jetzt, bei der günstigen Finanzlage nicht zu einer Verbilligung der Tarife übergehen, wann sollen wir es denn thun? Bei der Verstaatlichung der Bahnen wehrte sich die Regierung mit aller Macht gegen die Vermuthung, daß die Verstaatlichung nur um „schnöden Gewinnes“ willen herbeigeführt werden solle. Aber heute spielt der „schnöde Gewinnst“ eine bedeutende Rolle in unserem Etat. Aus der vom Minister geplanten Reform dürfte eher eine Vertheuerung des Verkehrs herauskommen.

Minister v. Thielen: Die Verkehrsentwickelung der letzten Jahre hat keinen Grund für eine Verbilligung der Personentarife ergeben, die bei uns billiger sind als in irgend einem anderen Lande. Oesterreich, Ungarn, Dänemark, Belgien haben mit Tarifherabsetzungen üble Erfahrungen gemacht; theilweise hat man zu neuen Erhöhungen schreiten müssen. Bei unserer Reform ist eine Erhöhung nicht beabsichtigt; es soll nur eine Vereinfachung herbeigeführt werden, wobei eine Mehreinnahme nicht beabsichtigt werden soll. Abg. Graf Limburg (kons.) kann ebenfalls keine Verkehrs-Nothwendigkeit für eine Personentarifherabsetzung finden. Der Personenverkehr hat sich unter den jetzigen Tarifen gut entwickelt. Zu weit gehende Erleichterung des Reisens wirkt sozial schädlich und wäre auch finanziell bedenklich. Abg. Graf Moltke (frk.) bekämpft ebenfalls den Antrag Wiemer. Abg. Sänger (frs. Vp.) glaubt, daß man die Vorliebe für den Mittelstand am besten durch die Verbilligung der Personentarife bethätigen könne. Ebenso wie man für reiche Leute die Luxuszüge einstellt, sollte man für Minderbemittelte durchgehende Personenzüge mit Wagen 3. und 4. Klasse einstellen. Im Weiteren tritt Redner für den Antrag Wiemer ein. Den Einzelstaaten gegenüber verhalte sich der Minister wenig entgegenkommend. Minister v. Thielen verweist auf die der letzteren Behauptung entgegenstehenden Erklärungen der Minister in den Einzellandtagen. Noch heute habe ihm der Vorsitzende der Braunschweiger Handelskammer für das Entgegenkommen gegenüber Braunschweig gedankt. (Hört! Hört!) Abg. am Zehnhoff (Ctr.) ist wohl für eine Vereinfachung des Tarifwesens, nicht aber für eine Herabsetzung der Tarifsätze. Dagegen wünscht er Aufhebung der Platzkartengebühr in den D-Zügen. Minister v. Thielen antwortet in ablehnendem Sinne. Hierauf wird die Weiterberathung auf Freitag vertagt.

Ausland.

Rußland. (Militärische Winterübungen in Rußland.] Während in Deutschland schon seit einer langen Reihe von Jahren jeden Winter größere und kleinere Uebungen in allen Verbänden und in jeder Garnison abgehalten werden, auch Bestimmungen über das Scharfschießen der Infanterie in der Winterdienstperiode erlassen wurden, gab es in Rußland bis zum Winter 1899 nicht einmal einheitliche Bestimmungen, nach denen sich lehrreiche Uebungen im Laufe der kalten Jahreszeit anordnen ließen. Während bei dem einen Armeekorps mehrtägige Manöver mit nächtlichen Biwaks und bei jedem Wetter ausgeführt wurden, hielten andere Korps unerhebliche Marschübungen in der Winterdienstperiode für ausreichend. Diesen Zuständen hat jetzt eine Kaiserliche Verfügung ein Ende gemacht, aus deren umfangreichen Inhalt als Wesentliches zu entnehmen ist, daß jeder Truppentheil im Laufe des Winters jeden Monat mindestens zwei Marschübungen und während des ganzen Winters drei eintägige Kriegsmärsche ohne zu biwakiren auszuführen habe, ferner, daß bei letzteren Uebungen zwei im Verbande der drei Waffen, möglichst mit einer Gefechtsübung, eine aber unbedingt mit einem Gefechtsschießen endigen müßten. Auf Grund dieser Bestimmungen haben im Laufe dieses Winters bereits häufiger derartige Uebungen stattgefunden, aber die russischen Zeitungen haben sich meistens damit begnügt, die Thatsache solcher Uebungen zu melden, ohne auf ihren Verlauf näher einzugehen. Es ist möglich, daß die Censur auch hier im Spiele war, zumal feststeht, daß sie gerade in militärischen Dingen mit rücksichtsloser Strenge gehandhabt wird.

Vom Transvaalkrieg

Die Kriegsereignisse überstürzen sich jetzt förmlich, sie sind die Folgen der Cronjeschen Kapitulation, die sich, wie von vornherein erwartet werden mußte, gleichzeitig auf dem östlichen wie auf dem westlichen Kriegsschauplatze bemerkbar machen mußten. Ladysmith und Colesberg befinden sich in den Händen der Engländer und die Buren versuchen in Eilmärschen das südliche Transvaal zu erreichen, um dort falls sie nicht zu spät eintreffen, den letzten und entscheidenen Widerstand zu leisten.

In Natal haben die Buren den Engländern das Leben noch ordentlich sauer gemacht, ehe sie ihnen die Möglichkeit boten, in Ladysmith einzuziehen. Die Verlustliste des Generals Buller beträgt mehr als 1000 Todte und Verwundete. Für die Schwere der letzten, hier ausgefochtenen Kämpfe sind folgende Meldungen recht bezeichnend:

London, 1. März. Das „Reuter'sche Bureau“ meldet aus dem Hauptquartier der Buren bei Ladysmith vom Sonnabend, 24. Februar: Durch Verwundete vom Tugela gebrachten Meldungen zufolge wurde dort bis spät in die Nacht hinein eine furchtbare Schlacht geschlagen. Die Engländer versuchten viermal die Position bei Krügerdorp zu stürmen und wurden jedesmal mit schweren Verlusten zurückgeschlagen. Augenzeugen behaupten, daß die englischen Verluste enorm sind. Die Engländer wurden auf 70 Yards aus den Positionen der Buren beschossen und geradezu niedergemäht. Die Engländer hatten 30 Kanonen diesseits des Tugela aufgefahren, jedoch in solcher Nähe, daß dieselben nicht mit Erfolg gebraucht werden konnten. Die Buren hatten 9 Todte und 14 Verwundete.

London, 1. März. Aus dem Hauptlager der Buren bei Ladysmith wird dem „Reuterschen Bureau“ unterm 26. Februar (Montag) gemeldet: Die Belagerten machen an verschiedenen Punken fortgesetzt nächtliche Angriffe, um sich über die Stärke der Belagerer zu vergewissern. In der letzten Nacht versuchte eine Reiterabtheilung aus der Stadt den Ausgang nach Westen zu gewinnen, wurde aber von den Burghers so heiß empfangen, daß sie umkehren mußte. Dann versuchten sie es mit den südöstlichen Zugängen nächst der Strecke nach Colenso, mit dem Resultat jedoch, daß Ladysmith fast eine Stunde lang fest in Mauserfeuer eingehüllt erschien. Gestern suchten die Engländer einen Waffenstillstand zur Beerdigung ihrer Todten nach und erhielten denselben bewilligt. Die Gefechte am Freitag und Sonnabend waren sehr blutig. Die Inniskilling-Füsiliere und die Regimenter Dublin, Dorset und Connanght hatten ungeheuere Verluste.

Am Mittwoch, den 28. Februar aber begegneten die Bullerschen Trupoen ganz unerwartet keinem nennenswerthen Widerstand mehr, so daß Buller sein Siegestelegramm, die beherrschende Position der Buren, des Pietersberg, ist von den Engländern genommen, loslassen konnte. Der Weg nach Ladysmith war von dort aus eine freie Straße. General Dundonald rückte noch am Abend des nämlichen Tages in die Stadt ein. General Buller verschweigt, in welcher Verfassung der eingeschlossene White und dessen Leute sich bei der Entsetzung der Stadt befunden haben. Eine günstige war es nicht, sonst hätte sich Buller darüber ausgelassen. Ganz vorzüglich müssen die Buren ihren Rückzug durchgeführt und die Absicht und Einleitung des Rückzuges vor dem Feinde verdeckt haben; denn die gesammte Streitmacht des Generals Joubert konnte sich in Sicherheit bringen. Sie sucht nun sehlstverständlich eine möglichst schnelle Vereinigung mit den zersprengten Truppen Cronjes und den übrigen freien Truppenkolonnen. Auch Colesberg ist von den Buren geräumt worden und der englische General Clements hat angeblich unter dem Jubel der Bevölkerung (??) seinen Einzug in die Stadt gehalten.

Wie Natal, so wird auch das nördliche Kapland von den Buren auf schnellstem Wege geräumt, zumal Lord Kitchener mit einem starken Heere in Arundel eingetroffen ist und von dort aus den Buren leicht gefährlich werden könnte. Die Zukunft der Buren hängt davon ab, ob es ihnen rechtreitig gelingt, im südlichen Transvaal zusammenzukommen und dort für die Vertheidigung Pretorias, geeignete feste Stellungen einzunehmen. Gelingt das nicht, dann steht der Friedensschluß unmittelbar bevor. Die beiden Präsidenten Krüger und Stejn sind fest entschlossen, den Krieg mit allen Mitteln fortzusetzen.

General Cronje soll an Bord des britischen Flaggschiffes „Doris“ untergebracht werden. Die Mehrzahl der kriegsgefangenen Leute Cronjes soll in Kimberley internirt werden.

Londoner Blätter behaupten, Kaiser Wilhelm habe der Königin Victoria auf die Nachricht von der Waffenstreckung Cronjes ein Telegramm gesandt, in dem er der Tapferkeit der englischen Truppen rühmend Erwähnung gethan. Das Gerücht hat bisher keine Bestätigung gefunden. — 30 Mitglieder des amerikanischen Kongresses übersandten dem General Cronje ein Ergebenheitstelegramm.

Wir verzeichnen noch folgende Meldungen, die nicht ohne Interesse sind:

London, 1. März. Der Jubel auf den Straßen über den Entsatz von Ladysmith ist ganz beispiellos. Die Nachricht von der Kapitulation Cronje's wurde, verglichen mit der heutigen Begeisterung, ruhig aufgenommen; Union Jacks wehen von den öffentlichen und privaten Gebäuden. Auch das Auswärtige Amt hat einen großen Union Jack gehißt. Auf den Straßen sieht man viele Leute mit Flaggen, die sie jubelnd schwenken, und kräftig ruft man sich Hurrah zu. (!!) — Die Abendblätter verzeichnen die Meldung, daß die englische Kavallerie Boemfontein erreicht habe; dem Auswärtigen Amt liegt jedoch keine Bestätigung vor.

Paardeberg, 28. Februar. Hier verlautet, daß im Südwesten eine starke Burenstreitmacht steht.

London, 1. März. Die Abendblätter veröffentlichen folgende Depesche aus Kapstadt: Die Buren machten am Sonnabend einen heftigen Angriff auf Mafeking, wurden aber auf allen Punkten zurückgeschlagen. Ein weiterer Angriff am Sonntag wurde ebenfalls zurückgeschlagen; hierbei hatten die Buren ein Verlust von 40 Todten und Verwundeten, während die Engländer nur 2 Todte und 3 Verwundete hatten.

Aus der Provinz.

* **Schwetz,** 27. Februar. Heute ist hier die Nachricht eingegangen, daß der Herr Minister die Kleinbahn Czersk-Schliewitz-Osche-Laskowitz genehmigt hat. Mit den Vorarbeiten soll nunmehr sofort begonnen werden. — Als an einem der letzten Abende der hiesige Eisenbahnstationsvorsteher H. an seinem Arbeitstische im Dienstzimmer saß, kam ein etwa 10 Pfund schwerer Stein durch die Fensterscheibe geflogen, der ihn aber glücklicher Weise nur streifte. Es scheint ein Racheakt vorzuliegen. — Das hiesige Amtsgerichtsgefängniß ist zur Zeit bis auf die letzte Zelle besetzt: obgleich vor Kurzem 50 Gefangene nach Neuenburg und Culm abgeschoben worden sind, befinden sich doch noch etwa 130 Gefangene hier.

* **Graudenz,** 1. März. Der Abbruch der evangelischen alten Marktkirche in Graudenz ist von der obersten Kirchenbehörde gestattet worden. Der Beseitigung des Gebäudes, welche von der zuständigen Stelle im Interesse der Verschönerung und Freilegung des Marktplatzes beschlossen worden war, steht nun nichts mehr im Wege.

* **Graudenz,** 1. März. Am 17. Mai 1898 war eine Verfügung des Landraths ergangen, wonach der Trinkkanal bei Graudenz ausgekrautet werden sollte; zu diesem Zwecke sollte auch ein Fangdamm errichtet werden. Hiergegen erhob der Magistrat von Graudenz nach erfolglosem Einspruch Klage gegen den Landrath zu Graudenz und den Fiskus, vertreten durch die Regierung, Abtheilung für direkte Steuern zu Marienwerder, mit dem Antrage, die Verfügung aufzuheben. Es wurde behauptet, der Landrath sei nicht zuständig, die Verfügung zu erlassen; ferner aber erscheine auch der Fiskus verpflichtet, die angesonnene Leistung auszuführen; die Stadt Graudenz habe nur theilweise die Krautung auszuführen. Die Regierung zu Marienwerder erachtete die Klage für unzuläßig. Der Bezirksausschuß erachtete die Klage nicht für unzuläßig, aber für unbegründet. Der Landrath sei als zuständig zum Erlaß der Verfügung anzusehen, auch sei anzunehmen, daß die Errichtung des Fangdammes zur Ausführung der Krautung erforderlich sei; die Errichtung des Fangdammes sei als ein Theil der Krautungsarbeiten anzusehen. Gegen diese Entscheidung legte die Stadt Graudenz Revision beim Oberverwaltungsgericht ein und bestritt besonders, daß sie verpflichtet sei, einen Fangdamm zu errichten; sie habe die Krautung nur so weit vorzunehmen, als dies mit Harke und Sense ausführbar sei. Seit 40 Jahren sei von der Stadt Grauderz kein Fangdamm zur Vornahme einer Krautung errichtet worden. Das Oberverwaltungsgericht wies jedoch die Revision ab und bestätigte die Vorentscheidung des Bezirksausschusses zu Marienwerder als zutreffend.

* **Danzig,** 27. Februar. In der gestrigen Stadtverordnetensitzung wurde genehmigt, daß das Gebäude Langenmarkt 43 (neben dem Artushof, das sog. Schöffenhaus) mit der Maßgabe umgebaut wird, daß die Kaufmannschaft die entstehenden Kosten bis zur Höhe von 50000 Mark an die Stadtgemeinde zu erstatten hat, ferner daß das umgebaute Gebäude an die Kaufmannschaft gegen eine Jahresmiethe von 2000 Mk. für die Dauer des den Artushof betreffenden Miethsvertrages vermiethet wird.

* **Allenstein,** 27. Februar. Gestern Abend starb hier Herr Tischlermeister Joseph Lorkowski. Er war besonders durch seine für eine Anzahl katholischer Kirchen hergestellten, im gothischen Stil gehaltenen Altäre und andere Holzarbeiten bekannt.

* **Neidenburg,** 28. Februar. Wie sehr sich ein Theil der Bevölkerung in manchen Gegenden gegen die wohlgemeinte Einrichtung der Verwaltung, treffend die Behandlung der Augenkranken (Granulose) durch die Lehrer, sträubt, zeigt der nachstehende Brief, den, dem „N. K.“ zufolge, ein Wirth an den Lehrer in C. sandte: „Her Lehrer, warum Schmieren Sie die Amalie Ougen (?) die Amalie hat einen Vater den wir brauchen wen sie wollen dann kann sie selbst Schmiren ich bin der Vater ich kan Alen Schmiren, ich weis besser welche die Tochter Ouge haben ich wahr in Gilgenburg der Docktor hat gesagt das ist gute Ougen.“

* **Neustettin,** 28. Februar. Die Stadtverordneten-Versammlung beschloß, zum Andenken an den hier geborenen Lothar Bucher, den Mitarbeiter des Altreichskanzlers, eine Gedenktafel an seinem Geburtshause, am Markte anbringen zu lassen. Lothar Bucher ist am 25. Oktober 1817 als Sohn des Conrektors am königlichen Gymnasium August Leopold Bucher geboren.

* **Königsberg,** 28. Februar. Zum Direktor der hiesigen Reichsbankhauptstelle ist an Stelle des mit dem 1. April in den Ruhestand tretenden Herrn Geheimrath Inneck der bisherige zweite Vorstandsbeamte Herr Bankassessor Schreiber ernannt worden. — In dem Meineidsproceß gegen die Frauen Pusch und Ziegran wird Herr Rechtsanwalt Dr. Lichtenstein, der auch im Rosengart-Proceß als Vertheidiger thätig war, die Vertheidigung führen. Der Proceß wird Ende März zur Verhandlung kommen.

* **Bromberg,** 28. Februar. Unter den hiesigen Tischlergesellen macht sich gegenwärtig eine Bewegung zur Erzielung eines höheren Lohnes geltend. In einem Schreiben an den Obermeister der hiesigen Tischlerinnung haben sie ihre Forderungen formulirt. Danach verlangen sie u. A. die Einführung einer wöchentlich sechzigstündigen Arbeitszeit, an jedem heiligen Abend eines großen Feiertages zwei Stunden früher Feierabend mit voller Lohnzahlung, ferner beanspruchen sie einen Mindestlohn von 15 Mk. pro Woche.

* **Inowrazlaw,** 1. März. Wie die Königl. Regierung zu Bromberg hierher mittheilte, hat der Kultusminister auf die Eingabe des Magistrats um Aufnahme des polnischen Sprachunterrichts in den Lehrplan der Knabenmittelschulen einen abschlägigen Bescheid ertheilt.

* **Posen,** 28. Februar. In Handwerkerkreisen erregte es großes Aufsehen, als bekannt wurde, daß bei dem Altmeister und Rendanten der hiesigen Schneiderinnung, Kosmowski, am 25. Dezember v. Js. aus verschlossener Truhe 1114 Mark Innungsvermögen gestohlen worden war, zumal das des Diebstahls beschuldigte Dienstmädchen bald wieder freigelassen werden mußte. Wie sich herausstellte, hat der 17-jährige Elektrotechniker Prieba, bei dessen Eltern an jenem Abend die Familie Kosmowski sich aufhielt, mit einem Maurergesellen Namens Schäffer den Diebstahl begangen. In drei Wochen war das Geld bis auf 70 Mk. von den Beiden in Gesellschaft lockerer Dämchen verthan. Die Strafkammer verurtheilte Prieba zu $1^1/_2$ Jahr, Schäffer zu 9 Monaten Gefängniß.

* **Schneidemühl,** 27. Februar. Großes Aufsehen erregte heute die auf Veranlassung des Posener Polizeipräsidiums vorgenommene Verhaftung des auf dem Rittergute Rzadkowo weilenden Grafen Skorzewski, eines Oheims des derzeitigen Besitzers der Herrschaft Rzadkowo. Dem Vernehmen nach ist gegen den 43 Jahre alten, unverheiratheten Grafen Skorzewski eine Untersuchung wegen Sittlichkeitsvergehens eingeleitet worden. Der Verhaftete wurde dem hiesigen Justizgefängniß zugeführt. — Mit Drillingen wurde die Familie des Arbeiters Haut in Selgenau gesegnet. Die Drillinge, sämmtlich Mädchen, sind recht kräftig entwickelt. Infolge dieses Zuwachses ist die Zahl der Kinder in der Haut'schen Familie auf 10 gestiegen.

Thorner Nachrichten.

Thorn, 2. März.

* [Personalien.] Den Rang der Räthe vierter Klasse erhielten die Professoren Louis Slüter an der Ober-Realschule zu St. Petri in Danzig und Dr. Max Brosig am Gymnasium zu Graudenz.

Der Regierungsreferendar Dr. jur. Bunk aus Marienwerder hat die zweite Staatsprüfung für den höheren Verwaltungsdienst bestanden.

Der Gerichtsassessor Dr. Fuchs aus Landsberg a. W. ist zum außerordentlichen Hilfsarbeiter bei der Staatsanwaltschaft in Thorn bestellt worden.

Dem Kanzleiinspektor, Kanzleisekretär v. Euen in Graudenz, ist bei seinem Uebertritt in den Ruhestand das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

Die Wahl des Kassen-Assistenten Johannes Wegner aus Inowrazlaw zum Bürgermeister der Stadt Kauernick ist auf die gesetzliche Amtsdauer von 12 Jahren bestätigt worden.

Der Grenz-Aufseher Rosahl aus Neufahrwasser ist als Steuer-Aufseher nach Pr. Friedland versetzt worden.

Als Grenz-Aufseher auf Probe wurden einberufen: der Sanitätssergeant Schaarschmidt aus Riesenburg nach Szymkowo und der Hoboist Maciejewski aus Graudenz nach Schillno.

* [Kriegsfestspiele.] Die v. Satorski'schen Kriegsfestspiele im Victoria-Theater beginnen morgen, Sonnabend, worauf wir an dieser Stelle nochmals besonders empfehlend aufmerksam machen.

* [Kolonial-Abtheilung Thorn.] Der angesetzte Vortrag des Marinestabsarzts Dr. Sander über Südwestafrika muß ausfallen, da Herr Dr. Sander erkrankt ist.

* [Zu den Neufeld-Vortrag], der gestern im großen Saale des Artushofes stattfand, hatte sich ein so außerordentlich zahlreiches Publikum eingefunden, wie dies bei uns in Thorn nicht häufig zu beobachten ist. Der Vortragende erntete für seine interessanten Ausführungen, auf die wir morgen ausführlicher zurückkommen, lebhaften Beifall.

** [Wichtige städtische Fragen] wurden in einer zwanglosen Versammlung erörtert, zu der auf Wunsch des Herrn Oberpräsidenten v. Goßler Herr Erster Bürgermeister Dr. Kersten zu gestern Abend nach dem Artushofe eingeladen hatte. An der Sitzung nahmen außer dem Herrn Oberpräsidenten fast sämmtliche Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung sowie ferner Vertreter der Handelskammer, der Eisenbahn-Verwaltung, der Wasser-

bau-Verwaltung etc. Theil. Fast alle zur Zeit schwebenden Fragen, die für die Entwickelung unserer Stadt von Bedeutung, kamen zu eingehender Erörterung, und es zeigte sich auch hierbei, ein wie warmes Interesse Herr Oberpräsident v. Goßler dem Gedeihen der Stadt Thorn entgegenbringt. Auf die Frage des Herrn Oberpräsidenten, wie es mit dem Ausscheiden der Stadt aus dem Kreisverbande stehe, theilte Herr Erster Bürgermeister Dr. Kersten mit, daß nach privaten Informationen sichere Aussicht vorhanden sei, daß die Stadt schon mit dem 1. April d. Js. die Berechtigung zur Bildung eines eigenen Stadtkreises erhalten werde. Eingehend wurde dann über die neu aufzunehmende städtische Anleihe verhandelt. Herr Stadtv. Rechtsanwalt Schlee sprach hierbei die Hoffnung aus, daß uns bei der neuen Anleihe nicht wieder eine so hohe Amortisationsquote auferlegt werden möge, wie bei derjenigen für die Wasserleitung und Kanalisation, um eine zu starke Belastung der Stadt zu vermeiden. Da ein Theil der neu aufzunehmenden Summe für die Erbauung eines Stadttheaters bestimmt ist, ließ sich bei dieser Gelegenheit Herr von Goßler durch Herrn Baumeister Uebrick eingehenden Bericht über sein Theaterprojekt erstatten. Herr Kommerzienrath Schwartz legte ausführlich den derzeitigen Stand der Holzhafen-Angelegenheit dar, wobei Herr Dr. Kersten den Standpunkt der Stadt in dieser Frage kennzeichnete. Auf eine Frage des Herrn Oberpräsidenten, wie es zu erklären sei, daß in Thorn gegenüber dem großen Bauholzbedarf verhältnißmäßig wenig bessere Hölzer verarbeitet würden, erklärte Herr Stadtrath Kriwes, daß die Schneidemüllerei und Bautischlerei durch die Firmen Houtermans & Walter, Soppart, Ulmer & Kaun etc. hier sehr bedeutend vertreten sei, daß sich aber die feinere Tischlerei (Möbel ꝛc.) hier noch nicht in größerem Maaßstabe entwickeln könne, da aus Rußland keine besseren Hölzer herunterkämen. Dies würde anders werden, wenn die geplante Schiffbarmachung der Drewenz einmal zur Verwirklichung kommen sollte, so daß wir dann das gute ostpreußische Holz auf der Drewenz nach Thorn herunter bekämen. Herr Kommerzienrath Schwartz verbreitete sich eingehend über die Schiffbarmachung der Drewenz, wobei er auch das von Graudenz aus betriebene Ossa-Projekt streifte. Man war einstimmig der Meinung, daß die Verwirklichung des Drewenzprojekts nicht sowohl im Interesse der Stadt Thorn, als des gesammten preußischen Ostens überhaupt dringend zu wünschen und aufs Eifrigste zu betreiben sei; von der Regierung dürfe man in dieser Angelegenheit nicht erwarten, daß sie die Initiative ergreife. — Herr Rawitzki wies auf die hohe Bedeutung des Thorner Kleie- und Futtermittelgeschäfts hin; Thorn sei in diesem Handelszweige mit der größte Platz, der nicht nur den ganzen Osten, sondern auch Schlesien, Sachsen ꝛc. mit Futtermitteln versorge. — Eingehend kamen ferner die Eisenbahnverhältnisse zur Sprache. Herr von Goßler hob hervor, daß die Verlängerung der Bahn Culm-Unislaw nach Thorn dringend zu wünschen sei, zumal hierdurch auch eine landwirthschaftlich sehr blühende Gegend erschlossen werde. Auch das Projekt Thorn-Leibitsch müsse mit Eifer weiter betrieben werden, und ebenso dürfe die Stadt nicht nachlassen in den Bemühungen, mit der Zeit einen großen Bahnhof an der Culmer Vorstadt zu erlangen. — Die in der Versammlung Anwesenden wurden aufs Neue in der Ueberzeugung bestärkt, daß die Stadt Thorn für ihre berechtigten Bestrebungen in Herrn Oberpräsident v. Goßler einen Fürsprecher hat, auf den sie allezeit fest bauen kann. Mögen die gestern aufs Neue belebten Hoffnungen zum Heile unserer Stadt recht bald in Erfüllung gehen! — Heute Nachmittag 2 Uhr fand im Artushof ein Essen statt, zu dem auch der Gouverneur von Thorn, Excellenz v. Amann geladen war.

§ [Generalstabsreisen.] Der Kaiser hat neue Bestimmungen über die jährlichen Generalstabsreisen genehmigt, die aus den großen Generalstabsreisen unter Leitung des Chefs des Generalstabes der Armee, aus den Korpsgeneralstabsreisen und aus den Festungsgeneralstabsreisen bestehen.

, [Superintendenten-Konferenz.] Am 20. und 21. März findet in Danzig unter dem Vorsitz des Herrn General-Superintendenten D. Döblin eine Konferenz sämmtlicher Superintendenten der Provinz Westpreußen statt.

†† [Verein zur Herstellung und Ausschmückung der Marienburg.] Am 13. März findet im Oberpräsidialgebäude zu Danzig unter dem Vorsitz des Herrn Oberpräsidenten v. Goßler eine Vorstandssitzung des Vereins statt, in der außer inneren geschäftlichen Angelegenheiten hauptsächlich die Marienburger Schloßbau-Lotterie zur Berathung kommen soll.

§§ [Der Verwaltungs-Ausschuß des Pfarr-Wittwen- und Waisen-Fonds] hat in seiner letzten, am 17. November v. Js. abgehaltenen Sitzung eine anderweite Skala des Wittwengeldes für die Wittwen der Geistlichen der am Pfarr-Wittwen- und Waisenfonds betheiligten evangelischen Landeskirchen beschlossen. Danach soll das Wittwengeld vom 1. April 1900 ab betragen bei einem Dienstalter des verstorbenen Geistlichen oder Emeriten bis zum vollendeten 5. Dienstjahre 600 Mk., vom 5. bis zum vollendeten 10. Dienstjahre 650 Mk., vom 10.—15. 700 Mk., 15.—20. 750 Mk., 20.—25. 800 Mk., 25.—30. 900 Mark, 30.—35. 1000 Mark, 35.—40. 1100 Mk., von mehr als 40 Dienstjahren 1200 Mark. Auch soll die Bestimmung, wonach der Gesammtbetrag des den Waisen der Geistlichen oder Emeriten zu zahlenden Waisengeldes bei Halbwaisen 1000 Mark, bei Vollwaisen 1500 Mark nicht übersteigen darf, vom 1. April 1900 ab außer Anwendung kommen. Der Vorstand des Pfarr-Wittwen- und Waisenfonds und das Königliche Staatsministerium haben die zu diesem Beschlusse erforderliche Zustimmung ertheilt.

§ [Jagdkalender.] Nach dem Jagdschongesetz dürfen im Monat März nur geschossen werden: Auer-, Birk- und Fasanenhähne, Enten, Trappen, Schnepfen, wilde Schwäne.

* [Nach dem neuen Lehrer-Reliktengesetze] sind bekanntlich alle die Wittwen von den Wohlthaten dieses Gesetzes ausgeschlossen, welche am 1. April n. Js. — also bei Inkrafttreten des Gesetzes — bereits vorhanden sind. Für diese Wittwen ist in dem neuen Volksschuletat ein Betrag von 150,000 Mk. ausgeworfen. Wie aus den Anweisungen des Kultusministeriums an die unterstellten Behörden hervorgeht, sollen aus diesen Mitteln „hilfsbedürftige" Wittwen unterstützt werden. Als „hilfsbedürftig" sollen aber nur solche Wittwen anzuerkennen sein, deren Gesammtbezüge — einerlei aus welchen Quellen sie stammen — hinter dem Betrage zurückbleiben, der ihnen nach den Bestimmungen des neuen Gesetzes zustehen würde. Es ist erforderlich, daß die bedürftigen Wittwen sofort Anträge stellen, denn die Regierungen wollen das Material bis zum 15. März beisammen haben. Die Gesuche sind an die Landräthe und in den kreisfreien Städten an die Magistrate zu richten. Darin muß auch eine erschöpfende Darstellung der Familien-, Vermögens- und Einkommens-Verhältnisse enthalten sein.

— [Grenze zwischen den Bisthümern Culm und Breslau.] Da die päpstliche Bulle De salute antimarum aus dem Jahre 1821 die Grenze zwischen dem Bisthum Culm dem zu Breslau überwiesenen Delagaturbezirk in der Provinz Pommern nicht näher bezeichnet hat, so ist auf Grund eingehender geschichtlicher Ermittelungen in jüngster Zeit zwischen dem Herrn Bischof von Culm und dem Herrn Kardinal und Fürstbischof von Breslau eine Vereinbarung dahin getroffen worden, daß der ganze Kreis Stolp zu dem Delegaturbezirke, die Kreise Lauenburg und Bütow hingegen zu dem Bisthum Culm gehören.

* [Polnische Arbeiter.] Die preußische Regierung sollte nach der „Germ." beabsichtigen, 40000 polnische Arbeiter aus dem Auslande im Staatsgebiet zum dauernden Aufenthalt zuzulassen. Wie die „Krzztg." hört, stehen Aenderungen in den gegenwärtig hinsichtlich der vorübergehenden Beschäftigung ausländischer Arbeiter geltenden Grundsätzen nicht in Aussicht, und auch die dauernde Zulassung von 40000 polnischen Arbeitern ist nicht in Frage gekommen.

§§ [Eine für den Handel in Getreide, Saaten, Düngestoffen und Futtermitteln] außerordentlich wichtige Versammlung des Vereins Deutscher Großhändler in Dünge- und Kraftfuttermitteln findet am 5. d. M., Nachmittags 4 Uhr im Saale des Getreidemarktes in Posen statt. Es handelt sich vornehmlich um Festlegung der Usancen im Kleie- und Futtermittelhandel, sowie um Anbahnung der Beseitigung einer Reihe von Mißständen bei Import von Getreide und Futtermitteln aus Rußland. Daneben werden die Verhältnisse der Produktion und des Handels Rußlands in den genannten Artikeln eingehend erörtert werden. Die Theilnahme an den Verhandlungen ist auf Ansuchen bei dem General-Sekretär des genannten Vereins Berlin SW. 29 auch Nichtmitgliedern gestattet. Wir verfehlen nicht, auf diesen Umstand besonders hinzuweisen, damit die speciellen Interessen unserer Gegend angemessene Vertretung finden.

§§ [Erledigte Stellen für Militär-Anwärter.] Zum 1. April, beim Amtsgericht Elbing, Kanzleigehilfen, 5—11 Pfg. für die Seite des gelieferten Schreibwerks. — Zum 1. Juni, bei der Kaiserl. Oberpostdirektion Danzig, Gehalt 700—1000 Mark und der tarifmäßige Wohnungsgeldzuschuß. — Sofort, beim Magistrat Marienburg, 4 Polizeisergeanten, Gehalt je 1000—1500 Mark. — Zum 1. April, bei drr Königl. Wasserbauinspektion Marienburg, Brücken- und Krahnwärter, Gehalt monatlich 75 Mark. — Zum 1. April, beim Magistrat Marienwerder, Polizeisergeant, Gehalt 800—1500 Mark und 100 Mark Wohnungsgeldzuschuß. — Sofort, beim Magistrat Osterode (Ostpr.) Polizeisergeant, Gehalt 900—1350 Mark Gehalt und 150 Mark Wohnungsgeldzuschuß. — Sofort, beim Magistrat Allenburg, Stadt-Wachtmeister und Schulbote, Gehalt 800 Mark und 210 Mark Nebeneinkommen. — Zum 1. April, beim Magistrat Allenstein, Kassenbote und Vollziehungsbeamter, Gehalt 900—1500 Mark und 200 Mark Wohnungsgeld. — Sofort, bei der Direktion der Ostpreußischen Südbahn-Gesellschaft in Königsberg, Weichensteller, Gehalt 700—950 Mark, Dienstwohnung oder Wohnungsgeldzuschuß. — Zum 1. Juni, bei der Kaiserl. Oberpostdirektion Gumbinnen, Landbriefträger, Gehalt 700—1000 Mk. und 60—144 Mark Wohnungsgeldzuschuß; ebenda Postschaffner, Gehalt 900—1500 Mark und 60—144 Mark Wohnungsgeldzuschuß. — Zum 1. Mai, bei der Kaiserl. Oberpostdirektion Königsberg, Landbriefträger, Gehalt 800—1000 Mark und 60—180 Mark Wohnungsgeldzuschuß. — Zum 1. Juni, bei der Kaiserl. Oberpostdirektion Bromberg, Landbriefträger, Gehalt 700 bis 1000 Mark und der tarifmäßige Wohnungsgeldzuschuß. — Zum 1. April, beim Magistrat zu Bromberg, 5 Polizeisergeanten, Gehalt je 1350 bis 2000 Mark. — Zum 1. April, beim Kreisausschuß des Kreises Usedom-Wollin in Swinemünde, Kreis-Ausschuß-Sekretär, Gehalt 1800 bis 3600 Mark.

* [An sämmtliche Turnvereine] der deutschen Turnerschaft ist im Auftrage des französischen Handelsministers die Aufforderung ergangen, sich an dem großen internationalen Wettstreit auf dem Gebiete der Leibesübungen und des Sports zu betheiligen, welcher am 29. und 30. Juli auf dem Gebiet der Pariser Weltausstellung veranstaltet werden soll. 20,000 Francs beträgt die Höhe der den Siegern zufallenden Preise, welche in Kunstobjekten, Medaillen und Diplomen bestehen. In dem sehr herzlich gehaltenen Schreiben heißt es am Schluß: „Sie dürfen versichert sein, daß Sie in unserem schönen Paris den freundschaftlichsten und herzlichsten Empfang finden werden. Alle unsere Anstrengungen werden darauf gerichtet sein, Ihnen den Aufenthalt hierselbst so angenehm wie möglich zu machen, so daß die Turner aller Nationen bei ihrer Heimkehr in das Vaterland eine unvergängliche Erinnerung aus Paris mit nach Hause nehmen werden."

§§ [Haftet die Schulbehörde für das Eigenthum der Schüler?] Die Frage ist jüngst zu Gunsten der Schüler entschieden worden. Einem Schüler des dortigen Wilhelmsgymnasiums war vom Flur des Gymnasialgebäudes, der den den Schülern zur Aufbewahrung ihrer Ueberröcke, Kopfbedeckungen, Schirme ꝛc. angewiesen ist, ein Winterüberzieher nebst darin steckenden Tüchern und Handschuhen gestohlen worden. Auf die Klage der Mutter verurtheilte das Oberlandesgericht die Schulbehörde zur Zahlung des Schadens von 70 Mk. In den Urtheilsgründen heißt es, daß die Eltern, die ihre Kinder auf die Staatsschulen schicken, mit der Schulverwaltung ein vertragsähnliches Verhältniß eingehen, in dem die Gewährung des Unterrichts u. s. w. als Leistung und die Zahlung des Schulgeldes als Gegenleistung zu betrachten sei. Die Schulverwaltung habe die nothwendigsten Schuleinrichtungen deshalb so zu liefern, daß für die Benutzer keine Nachtheile daraus hervorgingen. Zu diesen Enrichtungen gehöre aber auch ein vor Diebstahlsgefahr gesicherter Platz zum Aufhängen der von den Schülern mitgebrachten Wintermäntel, Kopfbedeckungen u. s. w. Wenn nicht anders ein konkurrirendes Verschulden der Bestohlenen nachzuweisen sei, müsse die Schulverwaltung für den gestohlenen Gegenstand haften.

— [Besitzveränderung.] Das Bierverlagsgeschäft des Herrn Kaufmann Kopczynski ist von Herrn Hermann Miehle übernommen worden.

§§ [Polizeibericht vom 2. März.] Gefunden: Eine Pferdedecke in der Nähe der Königl. Kommandantur, abzuholen vom Amtsvorstand in Mocker; ein Herren-Winterhandschuh auf dem Neustädt. Markt; ein Ueberzieher und ein Rock in der Konduktstraße, abzuholen von Pawlowski, Konduktstraße 56. — Zurückgelassen: Ein Notizbuch mit schwarzem Deckel im Polizei-Sekretariat. — Verhaftet: Drei Personen.

† [Von der Weichsel.] Wasserstände vom 3. März bei Thorn 3,24, Fordon 3,12, Culm 2,92, Graudenz 3,38, Kurzebrack 3,76, Piekel 3,52, Dirschau 3,80, Einlage 2,48, Schiewenhorst 2,68; — Nogat: Marienburg 3,00, Wibau 4,00, Wolfsdorf 4,30. — Das russische Eis erzeugt bei Thorn einen vollen Eisgang, der allmählich abnimmt, so daß bei Piekel nur mäßiges Eistreiben in der Weichsel und Nogat herrscht und zwar in der Nogat bis Km. 214 (gestern bis Km. 211). Bei Dirschau herrscht schwaches Eistreiben und bei Einlage Schlammeistreiben in 1/4 der Strombreite am rechten Ufer.

Warschau, 4. März. Wasserstand hier heute 2,92 Meter, gestern 3,10 Meter.

r Mocker, 1. März. Dem Arbeiter Wladislaus Krasniewski in Rubinkowo wurde auf dem dortigen Rittergute beim Häckselschneiden in Folge eigener Unachtsamkeit der rechte Daumen abgeschnitten. — Schon im Jahre 1896 hatte sich die Gemeinde Mocker an das Abgeordnetenhaus mit einer Petition gewandt und um Erwägung des § 53 des Kommunal-Abgaben-Gesetzes vom 14. Juli 1893 in Ansehung der Verpflichtung der Betriebsgemeinden zur Leistung von Zuschüssen an die Wohnsitzgemeinden gebeten. Die damalige Petition wurde von dem Hause der Staatsregierung als Material überwiesen. Da nun aber bisher nichts geschehen ist, so hat die Gemeinde ihre Petition neuerdings wiederholt und um Abänderung des Paragraphen gebeten. — Gestern Abend gegen 10 Uhr gerieth der Arbeiter Bernhard Lange von hier mit seinem Schwager, dem Arbeiter Domscheid in Streit. Lange wurde im Verlauf derselben gegen die Ehefrau des Domscheid handgreiflich. Als nun D. selbst für seine Frau eintrat und dieselbe vor Thätlichkeiten schützen wollte, stürzte Lange voller Wuth hinaus, kehrte mit einem Beile zurück und brachte hiermit seinem Schwager sowie dessen Ehefrau mehrere erhebliche Wunden bei. Ein von anderen Personen hinzugerufener Polizist verhaftete den Lange. Da aber L. auch aus verschiedenen Wunden am Kopfe blutete, wurde er noch Nachts in das hiesige Krankenhaus geschafft.

A Culmsee, 1. März. Im Monat Februar d. Js. wurden im hiesigen städtischen Schlachthause 53 Rinder, 355 Schweine, 110 Kälber, 13 Schafe geschlachtet. Zur Trichinenschau wurden 355 Thiere gestellt. Der Freibank wurden 12 Kälber und 2 Schafe überwiesen. Zu technischen Zwecken bezw. vernichtet wurden 1 Rind und 89 einzelne Organe bezw. Theile. An Schlachtgebühren etc. sind 854 Mk. bezahlt worden. — In der Zeit vom 15. Februar bis 1. März kamen bei dem hiesigen Standesamte 20 Geburts- und 14 Sterbefälle zur Anmeldung, Eheschließungen wurden zwei vorgenommen. — Um sich seinen Heimweg kürzer zu machen, ging der Koch aus Pluskowenz von Culmsee nach Hause über den See, gerieth auf Obereis und ertrank.

Neueste Nachrichten.

Dresden, 1. März. Der Verkehr auf dem Neustädter und Altstädter Elbquai in Dresden ist wegen Hochwasser eingestellt.

Amberg, 1. März. Bei der Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise 2. Oberpfalz (Amberg) wurde der bisherige Abgeordnete Lerno (Ctr.) wiedergewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.

Troppau, 1. März. Der Ausstand im Ostrau-Karwiner Kohlenrevier hält unverändert an: die Zahl der Ausständigen beträgt 23 000. — Der Ausstand der Maschinenwärter und Heizer nimmt bedeutend ab. Es herrscht Ruhe.

Dieppe, 1. März. Auf einem nach London bestimmten französischen Post-Dampfer fand eine Rohrexplosion statt. 6 Heizer wurden getödtet, 4 schwer verletzt.

London, 1. März. Das Armeebudget für 1900/1901 beläuft sich insgesammt auf 61 499 400 Pfund Strlg. bei einem Mannschaftsbestand von 439 000 Mann gegen 20 617 200 Pfund Strlg. bei einem Mannschaftsbestand von 183 853 im vorhergehenden Jahre.

London, 1. März. Vom General Buller ist folgende Depesche eingetroffen. Nelthorpe, 1. März, 5 Uhr Nachmittags. Ich komme eben von Ladysmith zurück. Von einer kleinen Nachhut nördlich des Surprise-Hügels abgesehen hatten sich die Belagerer sämmtlich in höchster Eile zurückgezogen und das Land südlich der Stadt ist völlig frei von ihnen. Die Garnison wird einiger Pflege (!) bedürfen, ehe sie wieder feldtüchtig ist.

Für die Redaktion verantwortlich: Karl Frank in Thorn.

Meteorologische Beobachtungen zu Thorn.

Wasserstand am 2. März um 7 Uhr Morgens: + 3,24 Meter. Lufttemperatur: — 7 Grad Cels. Wetter: heiter. Wind: W. — Volle Eisgang.

Wetteraussichten für das nördliche Deutschland.

Sonnabend, den 3. März: Milde, wolkig, theils heiter. Im Süden meist trübe mit Niederschlägen. Windig.

Sonnen-Aufgang 6 Uhr 56 Minuten, Untergang 6 Uhr 1 Minuten

Mond-Aufgang 7 Uhr 20 Minuten Morgens, Untergang 9 Uhr 9 Minuten Abends

Sonntag, den 4. März: Milde, meist trübe, Niederschläge. Stark windig.

Montag, den 5. März: Wolkig, strichweise Niederschläge. Ziemlich milde. Windig.

Dienstag, den 6. März: Ziemlich gelinde. Nachts kalt, Niederschläge. Stark windig.

Berliner telegraphische Schlußkourse.

	2. 3.	1. 3.
Tendenz der Fondsbörse	fest	fest
Russische Banknoten	216,30	216,20
Warschau 8 Tage	—,—	—,—
Oesterreichische Banknoten	84,50	84,50
Preußische Konsols 3%	86,80	86,90
Preußische Konsols 3½%	97,30	97,30
Preußische Konsols 3½% abg.	97,20	97,30
Deutsche Reichsanleihe 3%	86,70	86,80
Deutsche Reichsanleihe 3½%	97,20	97,30
Westpr. Pfandbriefe 3% neul. II.	84,30	84,50
Westpr. Pfandbriefe 3½% neul. II.	93,30	93,30
Posener Pfandbriefe 3½%	94,80	94,90
Posener Pfandbriefe 4%	101,20	101,30
Polnische Pfandbriefe 4½%	97,60	97,80
Türkische Anleihe 1% C	27,50	27,80
Italienische Rente 4%	95,20	94,70
Rumänische Rente von 1894 4%	82,80	83,80
Diskonto-Kommandit-Anleihe	197,75	198,20
Harpener Bergwerks-Aktien	230,70	232,25
Norddeutsche Kredit-Anstalt-Aktien	125,10	125,25
Thorner Stadt-Anleihe 3½%	—,—	—,—
Weizen: Loco in New-York	75—	74⅞
Spiritus: 50er loco	—,—	—,—
Spiritus: 70er loco	47,60	47,—

Reichsbank-Diskont 5½%.
Lombard-Zinsfuß 6½%.

Wie düngen wir unsere Sommerung?

Die Preise der landwirthschaftlichen Produkte sind in den letzten Jahren gefallen, die Arbeitslöhne aber nicht unerheblich gestiegen. Es ist darum jetzt mehr denn je nöthig, daß der Landwirth alle Hilfsquellen, die sich ihm zur Erhöhung seiner Einnahmen bieten, voll ausnutzt, und möchten wir zu dieser Zeit nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, daß derjenige Landwirth, welcher noch nicht daran gedacht hat sich für die Sommerung den nöthigen Kunstdünger zu beschaffen, doch ja damit eilen solle. Es ist aber nicht richtig, wenn man glaubt, mit der Anwendung von irgend einem angepriesenen Düngemittel den Pflanzen alles das zu geben, was sie brauchen, sondern man muß den ersten Grundsatz einer rationellen Düngung nicht vergessen: **nur volle Düngung giebt volle Ernten.** Unter Volldüngung hat man aber die Anwendung von Stickstoff-, Kali- und Phosphorsäure-Dünger zu verstehen, mit anderen Worten, es soll nicht **Chilisalpeter**, oder **Thomasmehl**, oder irgend ein **Kalisalz** allein gegeben werden, sondern **alle drei sollen gemeinsam** zur Verwendung kommen, **um** so mehr, wenn es sich um die Düngung von Halmfrüchten handelt, wozu Stallmist nicht verwendet zu werden pflegt.

Bekanntmachung.

Die für neue Hauptfeuerwache erforderlichen **Tischlerarbeiten** sollen im Wege öffentlicher Ausschreibung vergeben werden.

Zu diesem Zwecke haben wir einen Termin auf

Mittwoch, den 7. März d. Js.,
Vormittags 11 Uhr

im Stadtbauamt anberaumt.

Die Zeichnungen Kostenanschlagsauszüge und Bedingungen können während der Dienststunden im Stadtbauamt eingesehen werden oder gegen Erstattung der Vervielfältigungskosten von dort bezogen werden.

Thorn, den 26. Februar 1900.

Der Magistrat.

Polizeiliche Bekanntmachung.

Da im vorigen Herbst wiederholt gegen die Bestimmungen der Baupolizei-Verordnung vom 4. Oktober 1881 **betreffend das Beziehen von Wohnungen in neuen Häusern oder Stockwerken** gefehlt worden ist, so daß hohe Strafen gegen die Besitzer festgesetzt, **auch die Räumung der Wohnungen verfügt** werden mußte, bringen wir die betreffenden Bestimmungen wiederholt in Erinnerung.

§ 6.

Der Bauherr hat von der Vollendung jedes Rohbaues, bevor der Abputz der Decken und Wände beginnt, der Ortspolizeibehörde Anzeige zu machen.

§ 52.

Wohnungen in neuen Häusern oder in neu erbauten Stockwerken dürfen **erst nach Ablauf von neun Monaten nach Vollendung des Rohbaues** bezogen werden; wird eine frühere wohnliche Benutzung der Wohnungsräume beabsichtigt, so ist die Erlaubniß der Ortspolizeibehörde dazu nachzusuchen, welche nach den Umständen die Frist bis auf 4 Monate und bei Wohnungen in neu erbauten Stockwerken bis auf 3 Monate ermäßigen kann.

§ 57.

Die Nichtbefolgung der in gegenwärtiger Polizeiverordnung enthaltenen Vorschriften wird sofern die allgemeinen Strafgesetze keine anderen Strafen bestimmen, mit einer Geldbuße bis zu sechzig Mark bestraft.

Denjenigen Personen, welche in neu erbauten Häusern bezw. Stockwerken Wohnungen zu miethen beabsichtigen, wird empfohlen, sich durch Nachfrage in dem Polizei-Sekretariat Gewißheit zu verschaffen, von wann ab die betreffenden Räume wohnlich benutzt werden dürfen.

Thorn, den 1. März 1900.

Die Polizei-Verwaltung.

Standesamt Mocker.

Vom 22. bis 28. Februar cr.
sind gemeldet:

Geburten.

1. S. dem Arbeiter Anton Gumowski. 2. S. dem Arbeiter Jacob Piontkowski. 3. S. dem Arbeiter Franz Zielinski. 4. S. dem Amtsdiener Carl Adam. 5. S. dem Schuhmachermeister Michael Szymanski. 6. S. dem Vicefeldwebel Paul Schubert-Schießstand Rothwasser. 7. T. dem Stellmacher Michael Delik. 8. T. dem Arbeiter Joseph Piechowicz. 9. T. dem Arbeiter Friedrich Becker. 10. T. dem Arbeiter Michael Pokurowski. 11. T. dem Arbeiter Anton Czerwinski. 12. T. dem Steinsetzer Anton Laskowski. 13. T. dem Arbeiter Franz Hoffmann. 14. T. dem Arbeiter Franz Kalas. 15. S. unehelich. 16. S. dem Maler Albert Zittlau. 17. S. dem Schuhmacher Carl Bulian. 18. S. dem Eigenthümer Gustav Schmallofski.

Sterbefälle.

1. Wladislaus Wiepszkowski, 4 M. 2. Todtgeburt. 3. Theophila Kraynik geb. Radzikowski, 37 J. 4. Schachtmeister Johann Gunia, 48 J. 5. Maria Betlezewski, 2 M. 6. Emil Hochsprung, 6 M. 7. Bruno Gardzowski, 9 M. 8. Antonie Wojciechowski, 6 Wochen. 9. Valeria Hertzke, 4 J. 10. Dachdecker Peter Pulkowski, 54 J. 11. Anton Cymankowski, 7 Wochen. 12. Anna Dulinski, 4 Wochen.

Aufgebote.

1. Zahnarzt Otto Schreckhaase-Neu-Brandenburg und Lehrerin Helene Krüger. 2. Eigenthümer Carl Lüdtke und Minna Thiemann.

Eheschließungen.

1. Viktualienhändler Max Wardalinski mit Anastasia Olkowski. 2. Schmied Johann Labinski mit Alexandrina Rybicki. 3. Arbeiter Johann Sobacki mit Hedwig Pollatz. 4. Zuschneider Anton Siadzewski mit Anna Rokitnicki. 5. pens. Weichensteller Nicolaus Kaminski mit Julianna Stachowicz, beide Schönwalde.

Kirchliche Nachrichten.

Am Sonntag, Invocavit, den 4. März 1900.

Altstädt. evang. Kirche.
Vorm. $9^1/_2$ Uhr: Herr Pfarrer Stachowitz.
Abends 6 Uhr: Herr Pfarrer Jacobi.
Kollekte für die Diaspora-Anstalten in Bischofswerder.

Neustädt. evang. Kirche.
Vorm. $9^1/_2$ Uhr: Herr Pfarrer Waubke.
Nachher Beichte und Abendmahl.
Nachm. 5 Uhr: Herr Pfarrer Heuer.
Kollekte für die Diaspora-Anstalten in Bischofswerder.

Garnisonkirche.
Vorm. $10^1/_2$ Uhr: Einführung des Herrn Divisionspfarrer Großmann durch den Militär-Oberpfarrer Herrn Consistorialrath Witting aus Danzig.
Nachm. 2 Uhr: Kindergottesdienst.
Herr Divisionspfarrer Becke.

Evang. luth. Kirche.
Vorm. $9^1/_2$ Uhr: Gottesdienst.
Herr Superintendent Rehm.

Reformirte Gemeinde zu Thorn.
Vormittags 10 Uhr: Gottesdienst in der Aula des Kgl. Gymnasiums.
Herr Prediger Arndt.

Mädchenschule Mocker.
Vorm. $9^1/_2$ Uhr: Herr Pfarrer Heuer.

Evang. luth. Kirche Mocker.
Abends 7 Uhr: Gottesdienst.
Herr Pastor Meyer.

Evang. Kirche zu Podgorz.
Vorm. $^1/_2$10 Uhr: Beichte, 10 Uhr: Gottesdienst, hierauf Abendmahl.
Kollekte für arme Theologie-Studierende.
Nachm. 2 Uhr: Kindergottesdienst.
Herr Pfarrer Endemann.

Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei Ernst Lambeck, Thorn.